

# Gökay Akbulut, DIE LINKE

Die grau hinterlegten Texte sind die offiziellen Forderungen von Amnesty International

„Liebe amnesty Hochschulgruppe Mannheim,

vielen Dank für die Anfrage. Da ich selbst einen kurdischen Migrationshintergrund habe und viele Menschen in meiner Familie und in meinem Umfeld habe, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der Türkei geworden sind, ist das Thema Menschenrechte in meiner politischen Arbeit besonders wichtig. Für weitere Fragen zu der Thematik stehe ich auch nach den Bundestagswahlen gerne zur Verfügung. Hier eine kurze Stellungnahme zu den jeweiligen Fragen.

## **1) JA ZUM FLÜCHTLINGSSCHUTZ: Die Bundesregierung muss das Menschenrecht Asyl zu suchen achten und garantieren**

Weltweit fliehen Menschen vor bewaffneten Konflikten, Folter, massiver Diskriminierung und Verfolgung. Das Menschenrecht Asyl zu suchen bietet ihnen Schutz vor Menschenrechtsverletzungen in ihrem Heimatland. Deswegen ist der Schutz dieses Rechtes unerlässlich. Konkret bedeutet dies, dass in Deutschland faire und sorgfältige Asylverfahren durchgeführt werden müssen. Die Flucht nach Europa und Deutschland darf nicht lebensgefährlich sein – es muss mehr sichere und legale Zugangswege geben. Eine Person darf nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem ihr schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Wenn Deutschland mit anderen Staaten im Bereich der Migration zusammenarbeitet, müssen Menschenrechtsstandards eingehalten werden, und der Flüchtlingsschutz darf nicht darunter leiden.

**Antwort:** Das Recht auf Asyl muss in vollem Umfang wieder hergestellt und die Einschränkungen im Rechtsschutz zurückgenommen werden. Die Konzepte "sichere Herkunftsländer" und "sichere Drittstaaten" verhindern individuell gerechte Asylverfahren und gehören abgeschafft. Wir fordern sichere Fluchtwege und die Abschaffung von Frontex zugunsten einer Europäischen Seenotrettung. Während Milliarden an diese private Grenzschutzagentur fließen mussten deutlich günstigere Seenotrettungsprogramme aufgegeben werden, das ist für mich nur schwer fassbar. Abschiebungen in Kriegsgebiete lehne ich selbstverständlich ab und ich sehe auch keinerlei Grund, wie solche Abschiebungen gerechtfertigt werden können. Abschiebungen in existenzielle Notlagen sind ebenfalls abzulehnen. Auch in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern bei Migrationsfragen müssen die Menschenrechte eingehalten werden.

## **2) KEIN PLATZ FÜR RASSISMUS: Die Bundesregierung muss Rassismus effektiv bekämpfen**

Der Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht – rassistische Diskriminierung ist ein direkter Angriff auf die Menschenwürde und verhindert ein friedliches Zusammenleben. Sicherheitsbehörden müssen daher den größtmöglichen Schutz vor rassistischen Angriffen bieten. Gleichzeitig dürfen staatliche Behörden auf keinen Fall selbst diskriminieren. Die Bundesregierung und der Bundestag müssen alles Notwendige unternehmen, um rassistische Vorurteile und

Anzeichen von Rassismus in allen Sicherheitsbehörden zu unterbinden. Eine Auseinandersetzung mit Ursachen und Auswirkungen von Rassismus ist überfällig. Polizeikontrollen dürfen nicht diskriminierend durchgeführt werden. Ermittlungsbehörden müssen rassistisch motivierte Straftaten differenziert erfassen und dokumentieren. Das Erkennen und Ermitteln rassistischer Motive sollte fester Bestandteil der Aus- und Fortbildung in Sicherheitsbehörden werden.

**Antwort:** DIE LINKE teilt diese Position voll und ganz. Wir wollen einen unabhängigen Polizeibeauftragten schaffen, der Fälle von ungesetzlicher oder unverhältnismäßiger Gewalt und rassistischer Diskriminierung durch die Polizei mit starken Befugnissen im Einzelfall ermitteln und Vorschläge für strukturelle Reformen in der Polizei zur Eindämmung rassistischer Polizeipraktiken entwickeln kann. Dazu gehört auch ein Monitoring der Menschenrechtsbildung in der Aus- und Fortbildung, die insgesamt deutlich gestärkt und auch ihrem Dasein als Randthema herausgeholt werden muss. Befugnisse, die regelmäßig zu rassistischen Praktiken wie dem racial profiling führen, wollen wir abschaffen. Das ist vor allem die Befugnis zur anlasslosen Kontrolle im Rahmen der Bekämpfung unerlaubter Migration.

### **3) PRIVATSPHÄRE ACHTEN: Die Bundesregierung muss das Menschenrecht auf Privatsphäre anerkennen und schützen.**

Eine geschützte Privatsphäre ist die Voraussetzung für die Ausübung anderer Menschenrechte, für freie Kommunikation, politisches Engagement und für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gezielte Überwachung muss daher immer auf einer bestimmten Rechtsgrundlage beruhen und verhältnismäßig sein. Anlasslose Massenüberwachung ist menschenrechtswidrig. Auch Vorratsdatenspeicherung schränkt die Privatsphäre unzulässig ein, weil jede\_r damit rechnen muss, dass das eigene Kommunikationsverhalten nachverfolgt werden kann. Auf den Schutz der Privatsphäre und das Fernmeldegeheimnis können sich alle Menschen gegenüber deutschen Behörden berufen – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Verletzungen der Privatsphäre lassen sich auch nicht mit dem Kampf gegen Terrorismus rechtfertigen. Wir respektieren das Bedürfnis vieler Bürger\_innen nach Sicherheit, aber Antiterror-Maßnahmen dürfen nicht auf Kosten des Rechtsstaats und der Menschenrechte gehen.

**Antwort:** Um Privatsphäre im Internet unter der Bedingung des permanenten Datenflusses zu gewährleisten, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nur mit einem Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in persönlicher Kommunikation realisierbar – ohne Hintertüren. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist zudem für Journalistinnen und Journalisten mitunter die einzige Chance, vertraulich zu kommunizieren und so Meinungs- und Pressefreiheit zu gewährleisten.

### **4) MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER\_INNEN SCHÜTZEN: Die Bundesregierung muss entschieden für zivilgesellschaftliches Engagement eintreten**

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsverteidiger\_innen müssen sich in politische Prozesse einbringen können. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Schutz der Menschenrechte, für gerechte Entwicklung und Frieden. Zivilgesellschaftliche Akteur\_innen dienen häufig als Sprachrohr für benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen und bieten häufig denen Unterstützung, die besonders schutzbedürftig sind, wie z. B. Frauen, Kinder, sexuelle Minderheiten

und andere Personen, die diskriminiert werden. Anstatt Nichtregierungsorganisationen und Menschenrechtsverteidiger\_innen zu fördern und zu schützen, gehen weltweit Regierungen massiv gegen zivilgesellschaftliches Engagement vor. Die Bundesregierung muss die wichtige Rolle von Menschenrechtsverteidiger\_innen öffentlich anerkennen und sie in ihrer Arbeit unterstützen. Dazu gehört auch, dass sie sich entschieden gegen repressive Gesetzgebung und Maßnahmen wie Diffamierungskampagnen, Kriminalisierung, Falschanklagen und Folter positioniert. Die Bundesregierung muss effektive Schutzmaßnahmen für gefährdete Menschenrechtsverteidiger\_innen umsetzen.

**Antwort:** Menschenrechtsverteidiger/innen werden in vielen Ländern der Erde bedroht und verfolgt. Auch in Deutschland sehen sich zahlreiche Initiativen, die sich für die Rechte von Geflüchteten und Minderheiten einsetzen, bedroht und kriminalisiert. Aktive Unterstützer und Unterstützerinnen von Geflüchteten werden durch den Verfassungsschutz beobachtet und in ihrer Arbeit behindert. DIE LINKE fordert die vollständige Umsetzung der 2008 aktualisierten Leitlinien der Europäischen Union über Menschenrechtsverteidiger/innen. Diese Leitlinien sehen Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen in allen Bereichen der EU-Außenpolitik vor („mainstreaming“). Dazu sind Verbesserungen der organisatorischen Ausstattung ein wichtiger Schritt. Aufgabe der Kontaktstelle im AA soll die Begleitung und Unterstützung von lokalen Strategien zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen sein. Viele linke Politikerinnen setzen sich persönlich in unterschiedlichen Ländern und auch in Deutschland für Menschenrechtsverteidiger/innen ein: durch Nachfragen bei den Konsulaten, durch Briefe an die Regierungen, durch persönliche Besuche. So wird die öffentliche Aufmerksamkeit immer wieder auf bedrohte Fälle, wie aktuell von Menschenrechtsverteidiger/innen und Journalist/innen in der Türkei, gelenkt. Das Wissen über die eigenen Rechte ist essentiell, um diese vor der internationalen Gerichtsbarkeit einfordern und einklagen zu können. Menschenrechtsverteidiger/innen sollen sich weiterbilden können, zur Beschaffung, Erwerb und Weitergabe von Expertise und weiteren Qualifikationen z.B. von Juristen und Juristinnen. Zum Schutz und zur Durchsetzung der Menschenrechte beantragt DIE LINKE jedes Jahr drei neue Haushaltstitel zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen und für Menschenrechtsbildung im In- und Ausland.

#### **5) RÜSTUNGSEXPORTE BESSER KONTROLLIEREN: Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass mit deutschen Rüstungsgütern keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden**

Unverantwortliche Rüstungstransfers sind ein globales Problem. Auch die Bundesregierung genehmigt immer wieder menschenrechtlich höchst fragwürdige Rüstungsexporte. Der Bundestag muss ein einheitliches Rüstungsexportgesetz mit einer verbindlichen Menschenrechtsklausel und einer umfassenden Berichtspflicht der Bundesregierung für alle Rüstungstransfers verabschieden. Auch für Güter, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können (sogenannte „dual use“- Güter), muss die Menschenrechtsklausel gelten. Für alle „dual use“-Güter muss geprüft werden, ob sie ein Risiko für die Menschenrechte darstellen (Auffangklausel). Detaillierte Informationen zu allen Exportgenehmigungen und tatsächlichen Lieferungen sind genauso notwendig wie eine wirksame Endverbleibskontrolle der Rüstungsgüter vor Ort. Außerdem muss die Bundesregierung die Rüstungsindustrie auf verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten

und Risikoabschätzungen verpflichten.

**Antwort:** Deutschland gehört zu den größten Rüstungsexporteurern der Welt. Zu den Kunden deutscher Rüstungsschmieden gehören Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei, die die Menschenrechte mit Füßen treten und die in ihren Nachbarländern Krieg führen oder Terrorgruppen unterstützen. Das alleine zeigt den dringenden Handlungsbedarf. Der wichtigste Beitrag zur Durchsetzung von Menschenrechten in Drittstaaten, den Deutschland leisten kann, wäre der Verzicht auf Rüstungsexporte. DIE LINKE will Rüstungsexporte verbieten. Am dringlichsten den Export in Krisen- und Kriegsgebiete und den Export von Kleinwaffen. Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch durch eine deutsche Waffe, so die Kinderschutzorganisation „Terre des hommes“ in einer Pressemitteilung vom 7.8.2017. Ich unterstütze die Kampagne von Terre des hommes gegen deutsche Waffenexporte und würde mich freuen, wenn auch Sie sich anschließen.

## **6) MENSCHENRECHTE INS KABINETT: Die Bundesregierung muss sich auf nationaler und internationaler Ebene für den Schutz der Menschenrechte einsetzen**

Einen starken Menschenrechtsschutz gibt es nur mit starken Menschenrechtsinstanzen. Menschenrechtsorgane wie der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwachen die Umsetzung von Menschenrechtsstandards auf internationaler Ebene und fordern Staaten auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen. In Deutschland haben das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) und der / die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe eine maßgebliche Rolle bei der Förderung und dem Schutz von Menschenrechten. Diese deutsche Menschenrechtsarchitektur muss weiter gestärkt werden. Dazu muss etwa das Amt der/des Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung mit ausreichenden Ressourcen und Kompetenzen ausgestattet werden und Kabinettsrang erhalten.

**Antwort:** Internationale Menschenrechte und das Völkerrecht müssen für alle Staaten verbindlich sein. Menschenrechte sind universell und unteilbar. DIE LINKE vertritt die Position, dass eine Missachtung der Menschenrechte nirgendwo geduldet werden darf. Menschenrechtsverletzungen sollten international geahndet und die Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden. Der Internationale Strafgerichtshof muss dabei ein glaubwürdiger Ort der Gerechtigkeit im Kampf gegen die weltweite Straflosigkeit werden. Die Politik der Bundesregierung trägt nicht zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte bei, sondern fördert unmittelbar oder mittelbar Missstände wie z.B. Armut, ungleiche Bildungschancen und Gesundheitsversorgung und Diskriminierung z.B. aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung. Die Linksfraktion hat die Aufnahme sozialer Menschenrechte in das Grundgesetz beantragt – leider ohne die Mehrheit des Bundestags. Die Fraktion DIE LINKE fordert schon seit langem die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte seitens der Bundesregierung. Das Deutsche Institut für Menschenrechte leistet hervorragende Arbeit bei der Wahrung von Menschenrechten in Deutschland, der nationalen Umsetzung von internationalen UN-Konventionen und Vereinbarungen. Da das DIMR mehr Aufgaben bei den Themenbereichen Wirtschaft und Menschenrechte sowie im Bereich Kinder- und Jugendrechte übernehmen wird, braucht es auch mehr institutionelle Unterstützung, um die Qualität

und Quantität der Arbeit zu gewährleisten. DIE LINKE unterstützt die unabhängige Arbeit des Deutschen Instituts für Menschenrechte und möchte sie stärken. Daher reicht unsere Fraktion jedes Jahr im Bundestag einen Haushaltsantrag ein, um das Budget den Aufgaben des DIMR anzupassen.

Viele Grüße

Gökay Akbulut Stadträtin &  
Bundestagskandidatin DIE LINKE Mannheim“



## Stefan Rebmann, SPD

„Sehr geehrter Herr Thietke,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Martin Schulz und die SPD bekennen sich klar zum Schutz der Menschenrechte sowohl im Inland als auch im Ausland. Martin Schulz und die SPD werden sich daher auch künftig dafür einsetzen, dass die Wahrung der Menschenrechte ein zentraler Punkt jedes Regierungshandels ist.

In Bezug auf Ihre Forderungen will ich Ihnen die Positionen der SPD aus unserem Regierungsprogramm im Detail ausführen:

### **Zur Forderung: Die Bundesregierung muss das Menschenrecht Asyl zu suchen achten und garantieren.**

*Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Jeder zweite Flüchtling weltweit ist ein Kind! Wir halten fest: Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik basierend auf der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben.*

### **Zur Forderung: Die Bundesregierung muss Rassismus effektiv bekämpfen.**

*Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit.*

*Wir setzen uns dafür ein, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden. Die im Aufenthaltsgesetz vorgesehenen Regelungen für Opfer von Straftaten müssen eingehalten werden, damit sie zu ihrem Recht kommen und Straftäterinnen und Straftäter für ihre Taten verurteilt werden können.*

*Neben der konsequenten Strafverfolgung wollen wir auch die Präventionsarbeit ausweiten. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Diesen Weg der Vorbeugung führen wir fort.*

*Zu einer umfassenden Strategie gegen gewaltbereite Rechtsextremisten gehört Deradikalisierung. Darum werden wir durch ein Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern. Darüber hinaus werden wir die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und in der Präventionsarbeit umsetzen.*

*Für uns sind die Freiheit der sexuellen Orientierung, die geschlechtliche Selbstbestimmung und der*

*Schutz vor Diskriminierung universelle Menschenrechte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen überall frei von Gewalt und Diskriminierung leben können.*

**Zur Forderung: Die Bundesregierung muss das Menschenrecht auf Privatsphäre anerkennen und schützen.**

*Unser Ziel ist es, das Recht auf Privatsphäre zu gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir das wirtschaftliche Potenzial von Daten nutzen, denn Datenschutz und Big Data schließen sich nicht aus. Wir werden klare Regelungen schaffen, wie Daten verfügbar gemacht werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf. Bürgerinnen und Bürger sollen zu jeder Zeit einen Überblick über die Verwendung ihrer Daten haben. Es dürfen keine neuen Datenmonopole entstehen. Personenbezogene Daten sind dabei besonders schützenswert. Nutzerinnen und Nutzer müssen grundsätzlich einwilligen, wenn personenbezogene Daten über sie erhoben, genutzt oder verwendet werden. Datenspeicher und Netzwerke müssen besser gegen illegale Zugriffe von außen gesichert sein.*

*Unser Ziel ist ein "Völkerrecht des Netzes", das die digitalen Grundrechte definiert. Vor diesem Hintergrund wollen wir Deutschland und Europa als führenden Standort für Datenschutz und IT-Sicherheit etablieren und werden innerhalb der EU für eine digitale Grundrechtecharta werben.*

**Zur Forderung: Die Bundesregierung muss entschieden für zivilgesellschaftliches Engagement eintreten.**

*Wir wollen weltweit die Zivilgesellschaft stärken und die Handlungsspielräume von Menschenrechtsverteidigern schützen und ausbauen. Bereits heute setzt sich die SPD in Fraktion und Bundesregierung intensiv für den Schutz der Zivilgesellschaft ein. Dies wird sie in einer künftigen Bundesregierung genauso engagiert fortführen. Die Situation der Zivilgesellschaft hat sich in vielen Staaten massiv verschlechtert. Restriktive NGO-Gesetze schränken die Spielräume von Organisationen in einer Weise ein, dass viele kaum mehr handlungsfähig sind oder gar vor dem Aus stehen. Besonders betroffen sind Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, allen voran jene, die sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stark machen, sei es in der Textilproduktion, in der Rohstoffförderung oder in Landkonflikten.*

*Auf europäischer und internationaler Ebene unterstützen wir die konsequente Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Drittstaaten, setzen uns für die politische und finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft ein sowie im Bedrohungsfall für eine Aufnahme in einem Nachbarland oder in Deutschland. Der Schutz einer lebendigen Zivilgesellschaft, die für*



*uns Grundlage der Demokratie ist, ist ein besonderes Anliegen der SPD.*

**Zur Forderung: Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass mit deutschen Rüstungsgütern keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden.**

*Die Eindämmung der Rüstungsexporte ist zwingend. Die SPD hat deshalb in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren.*

*Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik in Europa ein. Auch setzen wir uns für eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.*

**Zur Forderung: Die Bundesregierung muss sich auf nationaler und internationaler Ebene für den Schutz der Menschenrechte einsetzen.**

*Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind deshalb Kernelemente sozialdemokratischer Politik. Wir setzen uns deshalb in Deutschland, auf europäischer Ebene und weltweit dafür ein, dass die Menschenrechtsstandards umgesetzt und weiterentwickelt werden. Dazu gehören insbesondere die Ächtung der Todesstrafe und Folter weltweit, die Stärkung der Rechte von Frauen insbesondere in gewaltsamen Konflikten, der Schutz und die Stärkung von Kinderrechten, die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofes, des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen und des Europarats wie auch die Weiterentwicklung und entschlossene Umsetzung des internationalen Völkerrechts.*

*In Deutschland wollen wir die Menschenrechtsarchitektur stärken und weiterentwickeln. Dazu zählt auch das Amt der oder des Menschenrechtsbeauftragten.*

Unter <https://www.spd.de/standpunkte/regierungsprogramm/> finden Sie unser vollständiges Regierungsprogramm und können unsere Vorhaben nochmals im Detail nachlesen.

Darüber hinaus freuen wir uns auf den weiteren Dialog und Austausch mit Ihnen und den vielen anderen Aktiven der Zivilgesellschaft. Nur gemeinsam können wir die Menschenrechte verteidigen. Wir möchten Sie daher einladen, auch weiterhin unsere politische Arbeit zu begleiten und sich

einzumischen.

Für die SPD ist klar: Deutschland kann mehr! In einer von Martin Schulz geführten Bundesregierung werden wir uns daher für einen besseren Schutz der Menschenrechte einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Rebmann

**Stefan Rebmann, MdB**

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel: + 49 (0) 30 227 74722

Fax: +49 (0) 30 227 76722

[www.stefan-rebmann.de](http://www.stefan-rebmann.de)